

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Grabmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

## Abend-Ausgabe.

Der Entwurf eines Gesetzes  
zur Bekämpfung des unlauteren  
Wettbewerbes.

wie er nunmehr dem Bundesrathe vorliegt, hat  
folgenden Wortlaut:

§ 1. Wer es unternimmt, in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mittheilungen, welche für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, durch unwichtige und zur Vereinfachung geeignete Angaben tatsächlicher Art über die Beschaffenheit, die Herstellungsart oder die Preisbestimmung von Waaren und gewerblichen Leistungen, über die Bezugsquelle von Waaren, über den Besitz von Auszeichnungen, über den Anlaß oder den Zweck des Verkaufs den Anschein eines besonders günstigen Angebotes hervorzurufen, kann auf Unterlassung der unwichtigen Angaben in Anspruch genommen werden. Dieser Anspruch kann von jedem Gewerbetreibenden, der Waaren oder Leistungen gleicher oder verwandter Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt, geltend gemacht werden; zur Sicherung des Anspruchs können einstweilige Verfügungen erlassen werden, auch wenn die in den §§ 814, 819 der Zivilprozessordnung bezeichneten besonderen Voraussetzungen nicht zutreffen. Neben dem Anspruch auf Unterlassung der unwichtigen Angaben haben die vorerwähnten Gewerbetreibenden auch Anspruch auf Erlass der durch die unwichtigen Angaben verursachten Schäden gegen den Urheber der Angaben, falls dieser ihre Unrichtigkeit kannte oder kennen mußte. Für Klagen auf Grund der vorstehenden Bestimmungen ist das Gericht ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk die unwichtigen Angaben gemacht worden sind. Hat jemand auf Unterlassung einer unwichtigen Angabe Klage erhoben oder den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt, so steht anderen, die wegen derselben Angabe den Anspruch auf Unterlassung geltend zu machen berechtigt sind, nur der Beitritt zu dem Verfahren und zwar in der Lage zu, in welcher sich dieses zur Zeit der Beitrittsklärung befindet. Auf den Beitritt finden die Vorschriften des § 67 der Zivilprozessordnung entsprechende Anwendung; der Weigerer ist im Sinne des § 58 als Streitgenosse der Hauptpartei. Jede in der Sache ergangene Entscheidung äußert zu Gunsten des Beklagten ihre Wirkung auch gegen über solchen Berechtigten, welche den Anspruch nicht geltend gemacht haben. Im Sinne der vorstehenden Bestimmungen sind den Angaben tatsächlicher Art solche Veranlassungen gleich zu achten, die darauf berechnet und geeignet sind, derartige Angaben zu erzeugen.

§ 2. Wer es unternimmt, in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mittheilungen, welche für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, durch unwichtige und zur Vereinfachung geeignete Angaben tatsächlicher Art über die Beschaffenheit, die Herstellungsart oder die Preisbestimmung von Waaren oder gewerblichen Leistungen, über die Bezugsquelle von Waaren, über den Besitz von Auszeichnungen, über den Anlaß oder den Zweck des Verkaufs den Anschein eines besonders günstigen Angebotes hervorzurufen, wird mit Geldstrafe bis zu Eintausend fünfshundert Mark bestraft. Wer der Thäter bereits einmal wegen einer Zuwiderhandlung gegen die vorstehende Vorschrift bestraft, so kann neben oder statt der Geldstrafe auf Haft oder auf Gefängnis bis zu sechs Monaten erkannt werden; die Bestimmungen des § 245 des Strafgesetzbuchs finden entsprechende Anwendung.

§ 3. Durch Beschluß des Bundesraths kann bestimmt werden, daß gewisse Waaren im Einzelverehr nur in bestimmten Mengen-Einheiten oder mit einer auf der Waare oder ihrer Verpackung anzubringenden Angabe der Menge gewerblich veräußert oder feilgehalten werden dürfen. Die durch Beschluß des Bundesraths getroffenen Bestimmungen sind durch das Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichen. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Bundesraths werden mit Geldstrafe bis einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

§ 4. Wer über das Erwerbsgeschäft eines Anderen, über die Person des Inhabers oder Leiters des Geschäfts, über die Waaren oder gewerblichen Leistungen eines Anderen Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, welche geeignet sind, den Betrieb des Geschäfts oder den Kredit des Inhabers zu schädigen, ist, sofern die Behauptungen nicht erwiesenermaßen wahr sind, dem Verletzten zum Ersatze des entstandenen Schadens verpflichtet. Auch kann der Verletzte den Anspruch geltend machen, daß die Wiederholung oder Verbreitung der Behauptungen unterbleibe. Die Bestimmungen des ersten Absatzes finden keine Anwendung, sofern die Absicht, den Betrieb des Geschäfts oder den Kredit des Inhabers zu schädigen, bei den Mittheilenden ausgeschlossen erscheint. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn er oder der Empfänger der Mittheilung an ihr ein berechtigtes Interesse hatte.

§ 5. Wer über das Erwerbsgeschäft eines Anderen, über die Person des Inhabers oder Leiters des Geschäfts, über die Waaren oder gewerblichen Leistungen eines Anderen wider besseres Wissen unwahre Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, welche geeignet sind, den Betrieb des Geschäfts zu schädigen, wird mit Geldstrafe bis zu Eintausend fünfshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 6. Wer im geschäftlichen Verkehr einen Namen, eine Firma oder die besondere Bezeichnung eines Erwerbsgeschäftes in einer Weise benutzt, welche darauf berechnet und geeignet ist, Verwechslungen mit dem Namen, der Firma oder der Bezeichnung eines Erwerbsgeschäftes hervorzurufen, deren sich ein Anderer besugterweise bedient, ist diesem zum Ersatze des Schadens verpflichtet. Auch kann der Anspruch auf Unterlassung der mißbräuchlichen Art der Benutzung geltend gemacht werden. Wer seinen eigenen Namen oder die für ihn eingetragene Firma benutzt, ist nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen nur dann verantwortlich, wenn bei der Benutzung des Namens oder der Firma eine andere Absicht, als die der Hervorrufung von Verwechslungen ausgeschlossen erscheint.

§ 7. Mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre wird bestraft:

1. wer als Angestellter, Arbeiter oder Lehrling eines Geschäftsbetriebes Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihm vermöge des Dienst-

verhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich geworden sind, während der Geltungsdauer des Dienstvertrages,

2. wer Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, deren Kenntniß er durch eine der unter 1 und 2 bezeichneten Mittheilungen oder durch eine eigene rechtswidrige Handlung erlangt hat, zu Zwecken des Wettbewerbes unbefugt verwendet oder an andere mittheilt. Der Thäter ist außerdem zum Ersatze des entstandenen Schadens verpflichtet. Die zum Schadenersatz Verurtheilten haften als Gesamtschuldner.

§ 8. Wer es unternimmt, einen Anderen zu einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des § 7 Absatz 1 zu verleiten, wird mit Geldstrafe bis Eintausend fünfshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 9. Die im § 2 bezeichneten strafbaren Handlungen können im Wege der Privatklage verfolgt werden, ohne daß es einer vorgängigen Anrufung der Staatsanwaltschaft bedarf. Die Befugniß zur Erhebung der Privatklage steht jedem Gewerbetreibenden zu, welcher Waaren oder Leistungen gleicher oder verwandter Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt. Die öffentliche Klage wird von der Staatsanwaltschaft nur dann erhoben, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt. Geht die Verfolgung im Wege der Privatklage, so sind die Schöffengerichte zuständig.

§ 10. In den Fällen der §§ 5, 7 und 8 tritt die Strafverfolgung nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig. Wird in Fällen des § 2 auf Strafe erkannt, so kann angeordnet werden, daß die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist. Wird in den Fällen des § 5 auf Strafe erkannt, so ist zugleich dem Verletzten die Befugniß zuzugestehen, die Verurtheilung innerhalb bestimmter Frist auf Kosten des Verurtheilten öffentlich bekannt zu machen. Wird in den Fällen der §§ 1 und 4 auf Unterlassung einer unwichtigen Angabe oder Veranlassung oder auf Unterlassung der Wiederholung oder Verbreitung einer Behauptung erkannt, so kann der obigen Partei die Befugniß zugesprochen werden, den verurtheilten Theil des Urtheils innerhalb bestimmter Frist auf Kosten des Beklagten öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung ist im Urtheil zu bestimmen. Neben einer nach Maßgabe dieses Gesetzes verhängten Strafe kann auf Verlangen des Verletzten auf eine an ihn zu erlegenden Buße bis zum Betrage von Zehntausend Mark erkannt werden. Für diese Buße haften die zu derselben Verurtheilten als Gesamtschuldner. Eine erkannte Buße schließt die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruches aus.

§ 11. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch Klage ein Anspruch auf Grund dieses Gesetzes geltend gemacht ist, gehören, insoweit in erster Instanz die Zuständigkeit der Landgerichte begründet ist, vor die Kammer für Handelsachen. Die Verhandlung und Entscheidung letzter Instanz im Sinne des § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz wird dem Reichsgericht zugewiesen.

§ 12. Wer im Inlande eine Hauptniederlassung nicht besitzt, hat auf den Schutz dieses Gesetzes nur insoweit Anspruch, als in dem Staate, in welchem seine Hauptniederlassung sich befindet, nach einer im Reichs-Gesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung deutsche Gewerbetreibende einen entsprechenden Schutz genießen.

§ 13. Dieses Gesetz tritt am . . . . . in Kraft.

## Deutschland.

Berlin, 17. Mai. Nachdem es als ziemlich sicher angesehen werden darf, daß der Reichstag seine diesmalige Tagung im Verlauf der nächsten Woche schließen wird, läßt sich jetzt schon ziemlich genau das Ergebnis seiner diesmaligen Arbeit mit Bezug auf die ihm seitens der verbündeten Regierungen vorgelegten Entwürfe übersehen. Außer dem Etat und den dazu gehörigen Gesetzen hat der Reichstag bisher die beiden Gesetze über die privatrechtlichen Verhältnisse der Innenschiffahrt und der Fischerei, die Zolltarifnovelle, das Gesetz über die Vornahme einer Berufs- und Gewerbeprüfung, über die Abänderung der Gebühren und Kosten der Konsulate, ein auf Ulag-Verordnungen bezügliches Gesetz betreffend die Ernennung und Beförderung der Bürgermeister, die Novelle zum Gesetz über den Invalidenfonds, das Gesetz über die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes, über die Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen, über die Ausübung des mit Desterreich-Ungarn abgeschlossenen Zolltariffs, sowie den ersten Nachtragsetat angenommen. Voraussetztlich in positivem Sinne erledigen dürfte er noch den zweiten Nachtragsetat, die Zucker- und die Branntweinsteuernovelle, sowie die Entwürfe betreffend die Bekämpfung des Sklavenraubes und die kaiserlichen Schutztruppen in Südwestafrika und Kamerun. Abgelehnt hat der Reichstag die sogenannte Umfutzvorlage und den Entwurf über die Tabakfabrikation. Ob er die begonnenen Beratungen über den Entwurf betreffend der anderweitigen Ordnung des Reichsfinanzwesens und über die auf die kommunale Besteuerung bezügliche Novelle zum Zollvereinsabkommen noch zu einem Ende führen wird, ist zweifelhaft, jedenfalls sind die Aussichten für beide Entwürfe nicht günstig. Sicher unerledigt blieben die Gewerbeordnungs-Novelle und die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, sowie zum Strafgesetzbuch. Niemand wird bestreiten wollen, daß das Ergebnis der diesmaligen Arbeit des Reichstages gegenüber dem großen Umfange des ihm seitens der verbündeten Regierungen vorgelegten gesetzgeberischen Materials dürftig ist. Jedenfalls hat er die wichtigsten Entwürfe theils abgelehnt, theils überhaupt nicht erledigt.

— Gegen den braunschweigischen Pastor Schall-Bahrdorf, nicht zu verwechseln mit dem konfessionellen Pastor und Abgeordneten Schall-Bladow, ist vom braunschweigischen Konsistorium die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf

Amtesentlassung beantragt worden. Das „Voll“ berichtet darüber:

„Der Oberstaatsanwalt in Braunschweig ist auf Antrag ermächtigt, die Rolle des Klägers zu übernehmen. Dieses Verfahren ist amtlich begründet nicht etwa durch irgend etwas Tadelnswürdiges im Leben oder Wandel oder durch falsche Lehre des Pastors, sondern damit, daß er trotz Verwarnung vom 9. Juni 1894 und „ungeachtet von früheren Disziplinarstrafen in zahlreichen Eingaben theils an das Konsistorium, theils an den Oberstaatsanwalt, theils an das herzogliche Staatsministerium verschiedene Behörden und Beamte mehrfach auf das gröslichste verunglimpft hat“. Soviel bekannt geworden, ist P. Schall wegen seiner christlich-sozialen Stellung und seiner scharfen Angriffe gegen die Schanden der Staatskirche längst persona ingratis geworden. Seit Jahren hat er gegen die schimpflichsten heimlichen Anklagen und Denunziationen sich verantworten müssen. Seine Vertheidigung mag oft recht drastisch gewesen sein. Ob sie „Verunglimpfungen“ enthielt, das wird das eingeleitete Verfahren feststellen.“

Pastor Schall gehört etwa zu der sozialpolitischen Richtung des Pastors Naumann-Franfurt a. M., dessen Zeitschrift die „Hilfe“ sich der ausgesprochenen Abneigung seitens der „Kreuzzeitung“ erfreut.

— Die Abgg. Krentz und Genossen haben im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, die kaiserliche Staatsregierung aufzufordern, den Herrn Reichsfiskus zu eruchen, ungekündet und nachdrücklich alle diejenigen Schritte zu thun, welche geeignet sind, zu einer internationalen Regelung der Währungsfrage mit dem Endziel eines internationalen Währungsvereins zu führen.

— Betreffs des im Reichstag eingebrachten Marine-Antrages führt die „Nat.-Lib. Kor.“ aus, die Nothwendigkeit eines weiteren gesetzgeberischen Vorgehens gegen ein von besonders großen volkswirtschaftlichen Nachtheilen begleitetes unregelmäßiges Verhalten sei in den sachverständigen Kreisen Deutschlands fast allgemein anerkannt, ebenso aber auch die Schwierigkeit, den Handel mit Maragur zu regeln, ohne, von anderen berechtigten Interessen abgesehen, die Landwirtschaft oder doch einen erheblichen Bruchtheil von Landwirthen zu benachteiligen. Der dem Reichstage vorliegende Entwurf rufe gerade aus diesem Gesichtspunkte die schwersten Bedenken nach, was die Annahme nahelege, die ihm zu Theil gewordenen unterliegenden Unterschriften (auch eine Anzahl von National Liberalen) seien in der Absicht gegeben, die Frage an der Hand spezieller Vorschläge zur gründlichen Erörterung zu bringen, sie bedeuteten aber keineswegs die Zustimmung zu dem Ganzen. Diese Vermuthung dränge sich um so stärker auf, als die Kodifizierung des Entwurfes von Dallwitz und Genossen eine unbrauchbare sei.

— Der Flottenparade von über 100 deutschen und fremden Kriegsschiffen, die nach dem Festprogramm für die Eröffnungsfeste des Norddeutschen Kanals am 21. Juni stattfinden, sollen nach neueren Bestimmungen die Mitglieder des Reichstages und des Landtages nicht, wie bisher angenommen wurde, zu Wasser, sondern von einer am Ufer zu errichtenden Tribüne aus betheiligen.

— Die Nachricht eines Vertriebsfaktors, daß die Fürstin Dohlenlohe, die Gattin des Reichskanzlers, sowie deren Tochter, die Prinzessin Elisabeth, aus dem unter Leitung der Herren von Droitz und Vereb stehenden „Nationalverein zur Hebung der Volksgesundheit“ ausgetreten sind, ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erzählt, falsch. Weber die Fürstin noch die Prinzessin Dohlenlohe seien niemals Mitglieder des genannten Vereins gewesen, konnten also auch gar nicht austreten. — Die Sache verhält sich wohl so, daß die Leiter des sogenannten „Nationalvereins“ mehrfach versucht haben, die Fürstin und deren Tochter als Protectorsinnen für ihre Unternehmungen erscheinen zu lassen. In Verichten, welche aneinander von diesen Herren verbreitet wurden, war wiederholtlich davon die Rede, welches lebhafteste Interesse die Fürstin und die Prinzessin dem „Nationalverein“ entgegenbrächten.

— Bei der vor einiger Zeit im Landwirtschaftsministerium stattgehabten Besprechung mit Vertretern der 7 süddeutschen Landtage ist schon früher geäußerte Wunsch lebhaft zum Ausdruck gelangt, daß die landwirtschaftlichen Verbände im Lombardverehr der Reichsbank zu demselben Zinssatz wie die Reichs- und Staatspapiere zugelassen werden möchten. Gegenwärtig beträgt der Lombardzinsfuß bei Verpändung von Reichs- und Staatspapieren 1/2 Prozent über den jeweiligen Diskontsatz, bei anderen Papieren 1 Prozent über letzteren Satz. Die Landtage verhoffen sich von der Gleichstellung eine erhebliche Konsumbesserung der landwirtschaftlichen Verbände, die namentlich im Hinblick auf eine etwaige Konvertierung des schuldnerischen Grundbesitzes voll zu Gute kommen würde. Zwischen der preussischen und der Reichsregierung scheiden Erwägungen, ob es möglich sein wird, dem geäußerten Wunsche zu entsprechen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. Mai. Die Ernennung des Grafen Agner Goluchowsky zum Minister des Innern ist bereits vollzogen. Am Sonnabend soll die amtliche Veröffentlichung erfolgen. Kalnoky erhält zum Abschied ein besonderes Zeichen des kaiserlichen Wohlwollens. Aus Kalnoky's Umgebung verlautet, daß er sein Scheiden aus dem Amte auch mit seiner Nervosität begründete, die ihn derart quälte, daß er sich den Aufregungen etwaiger weiterer Wahlen nicht aussetzen könne. Ausfallgebende für ihn war, daß die ungarische Regierung die Meldung über die Überführung des Rumänien-Abtrünnigen vorzeitig im „Pester Lloyd“ veröffentlichte, worin er einen ähnlichen Vorgang erblickte, wie in der bekannten Interpellations-antwortung Banffy's, die den Ausgangspunkt der Reise bildete. Der neue Minister des Innern ist erst 46 Jahre alt. Er war 1872 Reichs-Attache in Berlin, später in Paris, wo er seine jetzige Gemahlin kennen lernte. Die von ihm angestrebte Ernennung zum Vizepräsidenten in Paris unterließ mit Rücksicht darauf, daß seine Gemahlin eine gebürtige Französin ist. Der Kaiser ließ eruchte Kalnoky, ihm einen Nachfolger zu empfehlen, worauf Kalnoky Goluchowsky vorschlug. Außer diesem kam noch der seit kurzem den Braunschweiger Vizepräsidenten bekleidende Fürst Franz Redtenbacher in Betracht. Die ungarischen Politiker sind mit der Ernennung Goluchowsky zufrieden, da er sich in der Rumänienfrage so laßtvoll benommen hat.

Auf Einladung Kuegers fand eine Versammlung der Gemeinderäthe aller Parteien statt, in der Kueger ein Kompromiß vorschlug. Dem zufolge sollte die Bürgermeisterei ein Kampfpunkt bleiben, von den beiden Vizebürgermeisterstellen sollte je einer den Antisemiten und den Liberalen zufallen und die Stadtrathstellen gleichmäßig zwischen den Liberalen und den Antisemiten unter Berücksichtigung der Parteistellen aufgetheilt werden. Die Antisemiten und die Parteistellen stimmten den Vorschlägen zu. Die Liberalen lehnten in besonderer Besprechung die Anträge Kuegers ab, da sie grundsätzlich keinen Kompromiß und keine Koalition im Gemeinderath eingehen wollten.

## Niederlande.

Haag, 16. Mai. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung als Ergänzung zur Revision der Personaleinkommensteuer eine Erhöhung der bestehenden Kapitalrentensteuer bezw. eine Besteuerung von bisher unbesterbten gebliebenen Werthpapieren, und zwar soll die Steuer von 1/10 Prozent für Prämienanleihen auf 1 Prozent erhöht werden; die Aktien auswärtiger Gesellschaften sollen mit 1/10 Prozent, die Aktien niederländischer Hypothekenbanken mit 1/10 Prozent, die übrigen Werthpapiere mit 1/10 Prozent ihres Nominalwerthes besteuert werden.

## Belgien.

In der belgischen Repräsentantenkammer brachte der Abgeordnete Gieslin Dambon am 14. d. M. eine Interpellation wegen der vor einigen Tagen angeordneten Ausweisung des französischen sozialistischen Deputirten Viktor Dejeante aus Belgien ein. Gemäß einer an ihn gerichteten Aufforderung, in Rüttig einen Vortrag zu halten, hatte der französische Deputirte sich dort eingefunden, als der belgische Polizeikommissar ihm auf dem Bahnhofe einen Ausweisungsbefehl übermittelte. Als mißliebiger Umstand wurde von dem Urheber der Interpellation selbst hervorgehoben, daß der Polizeikommissar den von der Reise ermittelten französischen Abgeordneten zum Festfesseln bei sich einlud, und daß diese Einladung auch mit Dank angenommen wurde. Der nächste Zug brachte dann M. Dejeante nach Frankreich zurück. In der Interpellation beschuldigte nun das Mitglied der belgischen Repräsentantenkammer, Dambon, den Justizminister, ein fremdes Parlament in der Person eines seiner Abgeordneten selbständig zu haben. Der belgische Justizminister legte Gewicht darauf, die erhobene Beschwerde sofort zu widerlegen, und gab dann die erforderlichen Aufklärungen, indem er die getroffene Maßregel als einen Akt der Achtung vor dem Gesetze bezeichnete, da der französische Deputirte in seinem Vortrage revolutionäre Propaganda im Stile des Journals „La Caine“ treiben wollte. Dieses Journal ist allerdings in Belgien, wo es zur Zeit der Auslösung der Wahlen ergriffen, von dem Schwurgericht von Brabant freigesprochen worden. Darauf berief sich ein Mitglied der belgischen Kammer, das zugleich die Ausweisung des französischen Abgeordneten als einen Akt der Ungeschicklichkeit und unzulässigen Verfolgung bezeichnete. Der Zwischenfall wurde dann beendet, ohne daß eine bestimmte Tagesordnung zur Annahme gelangt wäre.

## Frankreich.

Paris, 16. Mai. Die Kammer beschloß auf Antrag des Ministerpräsidenten Ribot mit 354 gegen 132 Stimmen, die Verathung der Interpellation der Sozialisten über die am Sonnabend von Ribot in Bordeaux gehaltenen Rede auf einen Monat zu vertagen.

## Großbritannien und Irland.

Zu den bereits zwischen Großbritannien und Frankreich bestehenden Streitfragen auf afrikanischem Gebiete hat sich eine neue gestellt, der die englischen Blätter eine Wichtigkeit beilegen, die ihr kaum gebührt. Die britische Regierung hat beim Pariser Kabinet Vorstellungen über das reichthümliche Eindringen zweier französischer Expeditionen unter Major Decour und dem Gouverneur von Dahomey Mr. Ballot in das Gebiet der Royal Niger Company erhoben. Die französische Regierung hat bisher keine direkte Antwort ertheilt, doch glaubt man in London, wie der „Pol. Kor.“ mitgetheilt wird, es sei französischerseits eine Untersuchung eingeleitet worden. Da sich der Streitfall nur auf das mehr als unsicher abgegrenzte Gebiet der Niger Company und nicht auf das Niger-Protektorat der britischen Regierung bezieht, hofft man auf einen betriebenen Ausgleich. Eine weitere Beschwerde betrifft die sogenannte neutrale Zone am Nilong, zwischen Siam, Birma und den chinesischen Vassallenstaaten. Dort arbeitete bisher eine gemischte französisch-englische Kommission an der Abgrenzung. Sie schied in vollster Freundschaft und hat ein wertvolles Material zusammengebracht. Um so befremdlicher berührt es in Paris, daß das Londoner Kabinet Vorstellungen darüber erhebt, daß ein französischer Agent in Fienhsong eingesetzt worden sei. Davon ist in Paris nichts bekannt, und man meint, der französischen Regierung sei nicht zuzumuthen, sie werde in einem ungenügend bekannten Gebiete, dessen Zugehörigkeit in einem von den Regierungsbotschaften Revolt und Jussurand unterzeichneten Protokoll als zweifelhaft bezeichnet und dessen Zuteilung für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten wurde, von irgend einer Stadt Besitz ergreifen. So finden sich an allen Punkten der Erde, wo nur Briten und Franzosen mit einander in Berührung kommen, kleinere Streitfälle, die den Reim zu späteren Verwicklungen in sich tragen. Die britische Empfindlichkeit dient nur dazu, die Aufmerksamkeit der Franzosen umso mehr auf die kolonialen Angelegenheiten zu lenken. Dadurch wird die egyptische Frage aber in stetem Fluß gehalten und das dürfte nicht gerade im britischen Interesse liegen, wenn die Gefahr eines französischen Eingreifens ins Nilgebiet auch zuerst in einer Segend erfolgen sollte, in der das Pharaonenland seine Macht längst eingebüßt hat: im Südwesten des Sudan. — Ueber neuere Vorgänge im Nigergebiete wird gemeldet:

Bras-Town, 16. Mai. In Folge neuerer Berichte, wonach die Franzosen Bajbo befestigen, begab sich der Berichterstatter des „Bureau Reuter“ nach Bajbo. Er fand dort Erwerbe errichtet und etwa 100 Mann unter eingeborenen Offizieren in Garnison. Ein Theil dieser Streitmacht lagte kürzlich über den Nigerrand und plünderte ein großes Dorf in der Landschaft Rupe, deren Einwohner den Engländern treu geblieben sind.

Annahme von Interaten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Noodbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Man befürchtet Gegenmaßregeln von Seiten der Eingeborenen. Der Angriff der Franzosen hat die Fürsten von Rupe und Barga sehr erbittert. Das französische Kanonenboot „Arden“ hat mehrere Kanones gemietet, die mit Schiffs-Kanones besetzt wurden und in Verlegung der britischen Vertragsrechte, im Delta patrouilliren.

## Rußland.

Petersburg, 16. Mai. Eine Auslosung des „Regierungsboten“ besagt Folgendes: „Einige ausländische Zeitungen meldeten, das Finanzministerium schreite zum Verlaufe des eingelaufenen Roggens und Weizens. Das Handelsdepartement erklärte entschieden diese Gerüchte für vollständig unbegründet. Das Ministerium hat keine große Menge Getreide eingekauft, nur 2865 000 Pood Roggen und 365 000 Pood Weizen, wovon ein bedeutender Theil bei den Verkäufen gesichert, ein anderer Theil in den Speichern untergebracht wurde, die von den Semtsovs und den Besoldungsmäßigsten des Ministeriums in den Drien gemietet wurden, die weit von den großen Märkten entfernt sind. Das eingelaufene Getreide ist für die Verpflegung des Militärs, die Bedürfnisse der Gefängnisverwaltung und Deckung der Verpflegungsbedürfnisse der Bevölkerung bestimmt, so daß angesichts der unbedeutenden Menge des angekauften Vorraths von dessen Verkauf gegenwärtig keine Rede sein kann.“

## Amerika.

Savanna, 16. Mai. Oberstleutnant Vosh stieß am letzten Montag mit seiner 400 Mann starken Kolonne, von Simancas ausgehend, bei Quantanaro auf eine 2500 Mann starke Rebellenmacht, die unter der Führung von Gomez, Vaco, Nahi, Penquito, Perez, den ersten Häuptern der Aufständischen, stand. Beim ersten Angriff fiel Oberstleutnant Vosh und Kapitän Kobles übernahm das Kommando der Regierungstruppen, die mit Bravour durch neun Stunden fochten und endlich den Sieg errangen. Die Rebellen zogen sich zurück. Der Verlust der Spanier beträgt außer dem Oberstleutnant Vosh und dem Hauptarzt Ruiz neun Soldaten, vier Offiziere, sowie 30 Verwundete; die Rebellen verloren über 40 Tote und 260 Verwundete. Von vertrauenswürdigem Seite wird gemeldet, daß die Rebellenführer Penquito, Cetragna und Donna im Gefolge blieben, ebenso wird behauptet, Maximino Gomez befände sich gleichfalls unter den getödteten Aufständischen. Die Spanier sind des Lobes voll über die gewaltige Tapferkeit des Oberstleutnants Vosh.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Mai. Bei der Durchsicht der Liste der Stettiner Pferde-Lotterie hat so mancher Kundschafter recht vertrießlich den Kopf geschüttelt, denn Fortuna hat in diesem Jahre gerade Stettin recht kümmerlich bedacht und überall dort man den Ausruf: „Nie wieder!“ Dies wird natürlich die so Jüngsten nicht abhalten, von Sozialpatriotismus durchdrungen, auf neue das Glück zu versuchen. Zum Troste derselben wollen wir hier nach dem Bericht eines Berliner Berichterstatters folgende erfreuliche Losgeschichten mittheilen: Gestern Vormittag war der Handelsfrau Nechte in Berlin, Greifswalderstraße 225, ihr einziges werthvolles Besitztum, ein vor wenigen Tagen gekauftes Pferd, vor dem Haupte Wehrer 2 geführt; das Pferd hatte ein Bein gebrochen und der jammernden Frau war nichts Anderes übrig geblieben, als das Pferd an einen Hofschlächter zu verkaufen, der ihr 30 Mark dafür bezahlte. Ziemlich ging die Frau, nachdem sie ihr kleines Gefährt der Dohn mit selberm Vermögen des Hauses Wehrer 2 anvertraut, nach Hause; wußte sie doch nicht, woher sie Geld für ein neues Pferd austreiben sollte. Als sie nur noch wenige Schritte von ihrer Wohnung entfernt war, sprang ihr der älteste 14-jährige Sohn mit den Worten entgegen: „Mutter, Mutter, das Glück! Wir haben eine Camogage mit vier Pferden gewonnen.“ Nun trat auch ein Herr, der Abgesandte eines Lotteriegeldes, zu der Frau und befestigte ihr die Freudenbotschaft, daß ihr Loos der Stettiner Pferde-Lotterie mit dem Hauptgewinn, einem Bierwagen und einer Camogage, herausgekommen sei. Eine glücklichere Familie als die der Handelsfrau R. hat es wohl am gestrigen Tage nicht in Berlin gegeben.

— Aus Stettin wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Der im vorigen Jahre erfolgte Zusammenbruch der Stettiner Maschinenbau-Anstalt und Schiffswerft-Actiengesellschaft vormals Möller und Holberg dürfte noch ein Aufsehen erregendes, gerichtliches Nachspiel haben. In den Hauptverhandlungen, die der Zahlungseinstellung vorangingen, wurden bereits schwere Vorwürfe gegen den damaligen Leiter der Anstalt, Nordmann, erhoben und ihm leichtfertige Führung der Geschäfte vorgeworfen. Nachdem die Geschäftsbücher eingehend geprüft worden sind, hat sich ergeben, daß die Vorwürfe sehr gerechtfertigt waren, und die königliche Staatsanwaltschaft hat nicht nur gegen Nordmann und den damaligen Prokuristen gerichtliche Untersuchungen wegen Untreue und Betrugs eingeleitet, sondern auch wegen Mißbrauchs gegen die Mitglieder des Aufsichtsraths; letztern wird zur Last gelegt, daß sie die nöthige Aufsicht außer acht gelassen haben und dadurch ermöglichten, daß die Veruntreuungen Jahre lang fortgesetzt werden konnten. Die Mitglieder des Aufsichtsraths gehören den ersten Kreisen der Gesellschaft an und sind vermögend. Wenn sie in einem Strafprozeß verurtheilt würden, so wäre dies noch mit weiteren üblen Folgen für sie verbunden, denn sie könnten dann vermuthlich von den Gläubigern und Aktionären mit Erfolg zivilrechtlich in Anspruch genommen werden.

— In ärztlichen Kreisen wird in letzter Zeit hier und da Propaganda für den Gedanken gemacht, daß das Reich sich mit der Errichtung von Luftkurorten, zu der Heilung für unheilbare Kranken und Schwindsüchtige dienen sollen, befaßten solle. Daß gerade Reichshilfe für die Durchführung dieses Gedankens in Anspruch genommen wird, wird mit dem Hinweis auf die kaiserliche Hofschaffung vom 17. November 1881 begründet, welche zu Gunsten der wirtschaftlich Schwachen erlassen sei. Dem gegenüber darf betont werden, daß nach der Auffassung der Regierung schon die Zuständigkeit des Reichs auf dem bezeichneten Gebiete angezweifelt werden muß. Gemäß Artikel 4 Ziffer 15 der Reichsver-



623 000 Bußels, do. an Mais 7981 000 Bußels.		
Newyork, 16. Mai. (Anfangs - Cours.)		
Weizen per Juli 70,12.	Mais per Juli	56,25.
Newyork, 16. Mai, Abends 6 Uhr.		
Baumwolle in Newyork . . .	16.	15.
do. in Neworleans . . .	6 <sup>13</sup> / <sub>16</sub>	6 <sup>13</sup> / <sub>16</sub>
Petroleum Rohes . . .	6 <sup>5</sup> / <sub>12</sub>	6,25
Standard white in Newyork . .	nom.	nom.
do. in Philadelphia . . .	8,50	8,50
Pipe line certificates . . .	8,45	8,45
Steamer Western steam . . .	172,00	172,50
do. Lieferung per Mai . . .	6,90	6,85
Zucker Fair refining Mosco- vados . . .	6,90	6,85
Weizen stramm.	3,00	3,00
Rothcr Winter-Islo . . .		
per Mai . . .	70,12	70,62
per Juli . . .	71,62	69,62
per September . . .	72,37	70,37
per December . . .	72,87	70,87
Raffee Rio Nr. 7 Islo . . .	74,75	72,87
per Juni . . .	16,00	16,00
per August . . .	14,05	14,20
Wehl (Spring-Wheat clears) . .	14,55	14,60
Mais fest, per Mai . . .	2,85	2,75
per Juli . . .	56,00	55,50
per September . . .	57,00	56,37
Kupfer: höchster Preis . . .	57,50	56,87
Getreidefracht nach Liverpool .	10,50	10,60
	1,87	2,00
Chicago, 16. Mai.		
Weizen stramm, per Mai . .	16.	15.
do. per Juli . . .	67,50	65,50
Mais fest, per Mai . . .	68,25	66,37
per Juli . . .	51,25	50,85
Speck short clear . . .	12,05	11,92 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
	nom.	nom.

**London, 16. Mai.** Wollauktion. Preise stetig bei lebhafter Betheiligung.  
**Bradford, 16. Mai.** Wolle stetig, weniger fest; Garne und Stoffe unverändert.

## Gerichts-Zeitung.

**Bankwesen.**

Paris, 16. Mai. Bankausweis.  
Barvorrath in Gold Franks 2 053 239 000,  
Abnahme 361 000.  
Barvorrath in Silber Franks 1 239 983 000,  
Zunahme 1 977 000.  
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialien  
Franks 449 859 000, Abnahme 18 565 000.  
Notenumlauf Franks 3 547 626 000, Abnahme  
18 568 000.  
Laufende Rechnung b. Priv. Franks 446 451 000,  
Abnahme 9 027 000.  
Guthaben des Staatschatzes Franks 169 334 000,  
Zunahme 7 199 000.  
Gesamt-Vorschüsse Franks 293 413 000, Ab-  
nahme 5 260 000.  
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 6 305 000,  
Zunahme 314 000.  
Verhältniß des Barvorraths zum Noten-  
Umlauf 92,82 Prozent.

### Stichsnachrichten.

**Hamburg, 16. Mai.** Der englische Dampfer „Barfield“, der von Buenos-Ayres kam, bogte in der Nordsee ein holländisches Schiff „De Gebroeders“ in den Grund. Die Mannschaft wurde hier gelandet.

**Paris, 16. Mai.** Torpedoboot Nr. 20 ist heute Nachmittag  $\frac{1}{3}$  Uhr nordwestlich der Insel Alg gesunken. Ein anderes Torpedoboot wurde zu Hilfe gefandt und rettete auch 5 Mann, während 4 Leute von der Bemannung in den Wellen umkamen. Das schlechte Wetter, das auf See herrscht, scheint auch noch andere Unfälle verursacht zu haben. So meldet man aus Toulon, daß das Panzerschiff „Admiral Dupere“ in Golf Jonan bedeutende Havarie erlitten habe.

**London, 16. Mai.** Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß der von Buenos-Ayres angekommene Dampfer „West“ in Liverpool gesunken sei.

inene Dampfer „Blau“ in Gadebusch festge-  
halten worden sei, um von der an Bord ausgebroche-  
nen Cholera desinfiziert zu werden. Zwei Cholera-  
fälle mit tödtlichem Ausgang sind seitens der Qua-  
rantänebehörden festgestellt, und zwar ist dies das  
zweite aus jenem Hafen jüngst angekommene Fahr-  
zeug, welches in die Stadt von

Aus den Provinzen.

Kranke wurde ins Spital gebracht und das Schiff unter Quarantäne gestellt.

---

**Telegraphische Depeschen.**

**Berlin, 17. Mai.** In dieser Woche soll hier eine Verammlung sämtlicher Oberbürgermeister der Monarchie behufs Herbeiführung wirksamer gemeinsamer Arbeit der Kommunen stattfinden.

**Mien 17. Mai.** Sämmtliche Morcenblätter

widmen dem Grafen Kalnochy anlässlich seines Rücktrittes höchst ehrenbare Nachrufe. Diefelben bedauern, daß derselbe wegen einer so verhältnißmäßig untergeordneten Angelegenheit hat zurücktreten müssen. Die Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß ähnliche Vorfälle, wie die, welche zum Rücktritte Kalnochy geführt, sich bei seinem Nachfolger nicht wiederholen mögen. Das Opiet, welches mit der Demission Kalnochy's gebracht wurde, sei ein großes und schweres.

**Prag, 17. Mai.** Nach Schluß des auf dem Schützenfeste abgehaltenen Johannistestes, welchem mehrere Tausend Menschen beigewohnt, kam es in den Hauptstraßen zu großen Tumulten. Vor dem Polzeidirektionsgebäude und dem deutschen Kasino wurde geohlt, geprüffelt und Pörrer geschrien und die einschreitende Mache verhöhnt und mit Steinen beworfen. Erst um 11 Uhr Nachts wurde die Ruhe wieder hergestellt.

**Paris, 17. Mai.** Der sozialistische Abge-

París, 17. Mai. In der verfloffenen Nacht wurden an verschiedenen Stellen der Stadt

## Kunst und Literatur.

verhaftete fünf Individuen, welche beim Aufstehen der Porträts betroffen wurden. Dieselben wurden jedoch nach dem Verhör wieder freigelassen.

Paris, 17. Mai. Ein Ausbruch von Bankdirektoren beschäftigt sich in diesem Augenblick mit den Bedingungen, unter welchen Frankreich eine chinesische Anleihe zur Zahlung der Kriegsschuldigung übernehmen könnte. Vorransichtlich wird der Ertrag der chinesischen Zölle als Garantie für die Anleihe dienen müssen. Der Ausschuss hatte dieserhalb eine Zusammenkunft mit dem Minister des Aeußern, welchem der Ausschuss die Mittheilung machte, daß die französischen Bankhäuser zur Aufnahme einer Anleihe geneigt seien.